

Bericht der Umweltschutz- und Energiekommission an den Landrat

betreffend Solarpanels auf ÖV-Haltestellen

2022/270

vom 10. April 2026

1. Ausgangslage

Um den Ausbau der Photovoltaik zu forcieren, müsse jede sich bietende Möglichkeit geprüft und jedes Potenzial ausgeschöpft werden – dies betont Landrätin Désirée Jaun mit Blick auf entsprechende Ausführungen im Energieplanungsbericht von 2022. Konkret wirft sie in ihrem Vorstoss verschiedene Fragen betreffend Solarpanels auf ÖV-Haltestellen auf. An vielen Bus- und Tramhaltestellen bestehe ein Energiebedarf, etwa für die Beleuchtung, der mit einer lokalen Produktion von Solarstrom abgedeckt werden könnte. Mit der Überweisung des Vorstosses wurde der Regierungsrat darum beauftragt, er solle prüfen und berichten, wie die Infrastruktur der ÖV-Haltestellen «energieeffizienter» betrieben werden kann. Insbesondere sei darzulegen, wie die Verwendung von Photovoltaik-Elementen hierzu einen Beitrag leisten kann, wo diese sinnvoll eingesetzt werden können und mit welchen Kosten zu rechnen wäre.

Der Regierungsrat schreibt in seiner Vorlage, dass er «davon absehen will», auf den kantonseigenen Wartehallen PV-Anlagen zu installieren bzw. entsprechende Vorgaben an die Transportunternehmen oder – bei Bus-Haltestellen in deren Besitz – an die Gemeinden zu machen.

Für diese ablehnende Haltung wird namentlich ein Pilotversuch der BVB an einer Tramhaltestelle in Basel angeführt: PV-Anlagen auf Wartehallen, so deren Bilanz, seien zwar technisch machbar, sie würden aber «wirtschaftlich und ökologisch keinen Sinn ergeben, da die vorhandenen Flächen zu klein sind». Diese Aussage wird anhand genauer Berechnungen (Strombedarf, Stromproduktion, Eigenverbrauch bzw. Kosten/Ertrag) untermauert. Gemäss Nachfrage bei BVB und BLT bestehe auch kein Interesse für eine Stromversorgung der Haltestellen mittels Photovoltaik.

Die meisten Bus-Wartehallen, so heisst es andererseits, seien stromlos und verbrauchten somit auch keinen Strom. Wegen des fehlenden Anschlusses an die Stromversorgung seien PV-Anlagen dort faktisch auch nicht realisierbar. PV-Anlagen auf Bushöfen wiederum seien «möglich», schreibt der Regierungsrat. Wegen der Rahmenbedingungen (z. B. obligatorische Absturzsicherung) sei aber «nur etwa die Hälfte der Fläche für die Montage der PV-Panels nutzbar». Bei solchen Überdachungen werde aber bei jedem Projekt geprüft, ob eine PV-Anlage sinnvoll und wirtschaftlich sein kann. Für die bisher konzipierten Dächer (Muttenz, Grellingen, Zwingen) mit einer Fläche von 200 – 380 m² habe sich bis vor kurzer Zeit aber kein interessiertes Energieunternehmen oder interessierter Contractor finden lassen.

Gestützt auf seine Abklärungen beantragt der Regierungsrat die Abschreibung des Postulats.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 16. März 2026 beraten, dies in Anwesenheit von Isaac Reber, Vorsteher der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD), und Katja Jutzi, General-

sekretärin der BUD. Axel Mühlemann, Leiter Geschäftsbereich Verkehrsinfrastruktur Tiefbauamt, hat die Vorlage präsentiert. Zugegen war auch Stephanie von Samson, Leiterin Tiefbauamt.

2.2. Eintreten

Eintreten war unbestritten.

2.3. Detailberatung

In einer kurzen Diskussion richtete die Kommission den Blick auf die Perrondächer der SBB. Dort, so hiess es, wären im Unterschied zu den Haltestellen des regionalen ÖV grössere Flächen für Solarpanels vorhanden. Die SBB, so wurde aber betont, würden ebenfalls gewisse Vorgaben oder Restriktionen kennen, was – wie im ÖV-Nahverkehr – zu Einschränkungen bei den nutzbaren Dächern führen kann. Zur Haltung der SBB wurde aber am Rande auch auf die Interpellationsbeantwortung [2024/560](#) verwiesen, die eine grundsätzlich positive Haltung des Transportunternehmens in dieser Thematik aufzeigt. Einwendungen gegen den Befund, den die Verwaltung zu den Tram- und Bushaltestellen dargelegt hatte, gab es nicht.

3. Beschluss der Kommission

://: Die Umweltschutz- und Energiekommission beschliesst mit 12:0 Stimmen, das Postulat «Solarpanels auf ÖV-Haltestellen» abzuschreiben.

10.04.2026 / gs

Umweltschutz- und Energiekommission

Thomas Noack, Präsident

Beilagen

keine